

## Neujahrsempfang 2010

Am 23. Januar fand im stadt.bau.raum der Neujahrsempfang der Gelsenkirchener Grünen statt. Die Veranstaltung war relativ gut besucht, obwohl gleichzeitig die Gelsenkirchener SPD zum Neujahrsempfang geladen hatte: Erst nachdem die Grünen die Einladung zum Neujahrsempfang versandt hatten, stellte sich heraus, dass sich die SPD für denselben Termin entschieden hatte. Daher hat es mich sehr gefreut, dass trotz der Missgeschicke in der Terminplanung, auch OB Baranowski etwas später den Weg zu uns gefunden hat.



Verena Schäffer war die Hauptrednerin. Als Sprecherin der Grünen Jugend NRW und aussichtsreiche Landtagskandidatin gab sie einen Ausblick auf unsere Schwerpunkte im Landtagswahlkampf. In ihrer erfrischenden Rede hat sie die schwarz-gelbe Landesregierung beim Thema Bildungspolitik ganz schön gegeißelt – doch die anwesenden VertreterInnen der örtlichen CDU haben es ihr bestimmt nicht übel genommen ;-). Lauten Beifall erhielt auch Barbara Oehmichen für ihre Begrüßungsrede, in welcher sie u.a. die hetzerischen Äußerungen des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch thematisierte. Dieser hatte erst kürzlich eine "Arbeitspflicht" für Hartz IV-BezieherInnen gefordert. NRW-Ministerpräsident Rüttgers hat die von Koch angestoßene Debatte als "wenig hilfreich" bezeichnet. Wahrscheinlich meint Rüttgers, dass dies "wenig hilfreich für seinen Wahlkampf" ist.

Einhellige Auffassung der beiden Rednerinnen: Wir müssen schwarz-gelb bei der Landtagswahl ablösen! Einverstanden – doch wenn wir einen sozial-ökologischen Politikwechsel in NRW wollen, brauchen wir eine Machtperspektive jenseits von CDU und FDP. Am 6. und 7. Februar findet die Landesdelegiertenkonferenz der NRW-Grünen in Essen statt. Außer dem Landtagswahlprogramm werden wir sicher auch eine Wahlaussage beschließen.

Für uns Grüne muss dabei eines ganz klar sein: Unsere Koalitionspräferenz in NRW wird richtungsweisend für den Bund sein. In Essen fällt die (Vor-) Entscheidung darüber, ob wir Scharnierpartei sind und die CDU mit dem Grünen Öko-Siegel zertifizieren wollen, ob wir das politische Lager wechseln und als Grünes Reserverad schwarz-gelb in der Spur halten wollen oder ob wir konkrete inhaltliche Bedingungen an SPD und Linkspartei formulieren und sie auffordern wollen sich einer Gestaltungsmehrheit jenseits von schwarz-gelb nicht zu verweigern.

### Einleitende Worte

Am letzten Tag es Januar nun auch unser Newsletter für diesen Monat.

Aktuelles kommunales Thema ist der Haushalt für das Jahr 2010. Ungefähr 100 Millionen Defizit stehen im Vorschlag der Verwaltung. Beratungen aller Parteien finden in diesen Tagen statt. Wir werden im nächsten Newsletter sicherlich nochmal darauf eingehen.

Auch die Situation von Erwerbslosen wird durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht einfacher: Die gemeinsamen Arbeitsgruppen von Arbeitsagenturen und Kommunen sind verfassungswidrig. Wie es weitergeht, werden wir in den kommenden Wochen diskutieren. Ein kleiner Bericht findet sich am Ende des Newsletters.

Viel Spaß beim Lesen wünschen die

**GRÜNEN in Gelsenkirchen**

### Inhalt des Newsletters

- Grüner Neujahrsempfang 2010
- Kommunalen Haushalt
- Kurz vorgestellt: Franz Schart
- Betreuung in einer Hand

Und natürlich Grüne  
Pressemitteilungen und Termine

## Grüne Termine im Februar 2010

03. Februar, 19.30 Uhr, Grünes Büro  
**Kreisverbandsversammlung zum  
Landtagswahlprogramm und der  
Wahlaussage**

10. Februar, 19.30 Uhr, Grünes Büro  
**Erste Sitzung der Wahlkampf AG**  
(geht aus der Bildungs AG hervor)

17. Februar, 19.00 Uhr, Grünes Büro  
**Arbeitskreis Energie, Umwelt und  
Klima**

24. Februar, 19.30 Uhr, Grünes Büro  
**Mitgliederversammlung zur Bestim-  
mung der Landtagskandidaten**

## Grüne Pressemitteilungen

27. Januar 2010

### [Mobilität für alle](#)

zur Einführung eines Sozialtickets im VRR

Jahresrückblick im Video

Zum Neujahrsempfang wirft man gerne auch einen Blick zurück. Wir haben dies in diesem Jahr mit zwei Videos getan. Einmal für die Grünen und einmal für die Grüne Jugend. Die beiden Videos findet ihr unter <http://www.gruenes-gelsenkirchen.de/gruene-2009-1588>



Doch egal, wie wir uns als Partei entscheiden – wichtig ist, dass wir die Debatte darüber offen und ehrlich führen. Unsere WählerInnen sollen schließlich wissen, was sie bekommen, wenn sie am 9. Mai 2010 ihr Kreuz bei den Grünen machen. (VON IRENE MIHALIC, ORIGINAL UNTER [IRENE-MIHALIC.DE](http://IRENE-MIHALIC.DE))

- [Weitere Impressionen vom Neujahrsempfang bei Flickr](#)
- Die Reden als Video in Kürze unter [www.gruenes-gelsenkirchen.de](http://www.gruenes-gelsenkirchen.de) und [www.gruene-ge.de](http://www.gruene-ge.de)

## Kommunaler Haushalt 2010

Vor wenigen Tagen wurde der Haushalt 2010 vorgestellt. Wir sprachen mit dem Fraktionsvorsitzenden Peter Tertocha über die finanzielle Lage der Stadt.  
**Anmerkung: Das Gespräch fand vor Einbringung des Haushalts statt.**

**Peter, 175 Millionen Defizit sollen im letzten Jahr (Stand 30.9.2009) aufgetreten sein, 95 Millionen davon waren "erwartet" worden, nun kamen ca. 81 dazu. Woher kommt dieses Defizit? Lebten wir 2009 in Gelsenkirchen so über unsere Verhältnisse?**

In Gelsenkirchen wurde in den letzten Jahren - auch mit grüner Zustimmung - immer versucht, zu sparen, wo es möglich ist und dabei gleichzeitig allen Bürgern eine attraktive Stadt zu bieten. Ich glaube, dass uns dies in den letzten 10 Jahren sehr gut gelungen ist. Aber wenn die Steuereinnahmen dermaßen wegbrechen und gleichzeitig eine Aufgabe nach der anderen von Bund und Land NRW den Städten aufgebürdet wird, ohne dass es einen finanziellen Ausgleich dafür gibt, kann das Ganze nicht mehr funktionieren.

**Kann man schon absehen, wie rot die Zahlen in diesem Haushaltsplan werden?**

Tiefrot, ich kenne den Haushaltsplanentwurf 2010, der am 28.1.2010 veröffentlicht wird, zwar noch nicht, aber ich habe da heftige Befürchtungen.

**Über allen Planungen vor Ort steht ja noch die Bezirksregierung in Münster. Mal ganz allgemein: Was sind die Richtlinien bei einem Haushalt und welche Schritte kann die Bezirksregierung einleiten? Wie stark sind die kommunalen Möglichkeiten unter den gegebenen Bedingungen noch?**

Da es absehbar ist, dass wir bei einem Defizit von knapp 200 Millionen Euro in 2009, worauf die letzten Prognosen hindeuten, auch in den Folgejahren enorm in die Miesen rutschen werden, wird die Bezirksregierung von uns ein Haushaltssicherungskonzept fordern, in dem wir darlegen, wie wir das Defizit ausgleichen wollen. Ich halte das für unmöglich!

**Ist zu befürchten, dass beispielsweise Schwimmbäder, Kultureinrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendarbeit geschlossen bzw. beendet werden müssen? Wie ist die Grüne Position bei den Haushaltsberatungen?**

Hier ist das Dilemma. Auf der einen Seite dürfen wir die Schulden nicht den folgenden Generationen überlassen, auf der anderen Seite können wir nicht alles in Gelsenkirchen, was die Stadt für die Bürger attraktiv macht. Bei diesen Positionen gibt es kein Sowohl-als-auch, das halte ich für Augenwischerei. Hier muss man seinen Schwerpunkt festlegen. Und für mich liegt der beim Erhalt dieser Einrichtungen und bei der Sicherung einer lebenswerten Stadt.

Es geht einfach nicht mehr so weiter. Bund und Land sollen gefälligst das, was sie politisch beschließen, auch selbst bezahlen und nicht auf die Städte abwälzen.

## Kurz vorgestellt: Dr. Franz Schart

*Seit der letzten Kommunalwahl ist Franz Schart Mitglied des Stadtrates und vertritt die Grünen im Ausschuss für Soziales und Arbeit. Der Doktor der Philosophie und Redakteur ist seit einigen Jahren arbeitslos und leidenschaftlicher Schachspieler.*

**Franz, dein Weg durch die politische Landschaft ist lang: Du warst lange in der SPD, bist dann wegen Hartz 4 dort aus- und in die WASG eingetreten. Und nach deren Vereinigung mit der PDS zur Partei Die Linke führte dich der Weg schließlich zu den Grünen. Wieso grade dahin?**

Die Sozialpolitik der Grünen hat sich entscheidend verändert. Die Einsicht hat sich durchgesetzt, dass Hartz IV nicht der richtige Weg ist, um mit dem Problem der strukturellen Massenarbeitslosigkeit und den schwerwiegenden Folgen umzugehen. Auch die ökologische Seite ist sehr wichtig - nämlich überlebenswichtig. Da hört man von anderen Parteien überwiegend lauwarme Lippenbekenntnisse. Schließlich habe ich die Linken gerade in Gelsenkirchen als eine sehr zerstrittene Partei kennengelernt.

**Was unterscheidet die Sozialpolitik der Grünen denn von der anderer Parteien?**

Sozialpolitik muss - wie alle andere Politik auch - von Menschen für Menschen gemacht werden. Bei uns steht die gesellschaftliche Teilhabe im Mittelpunkt. Wir setzen auf vernünftige, einsichtige und partnerschaftliche Lösungen - und nicht auf blinden Zwang. Wir stehen der einschlägigen "Wachstumspolitik" skeptisch bis ablehnend gegenüber. Die alten Rezepte funktionieren schon lange nicht mehr, wie sich zeigt. Ursächlich für die Dauerkrise ist auch eine unsoziale und gefährliche Umverteilungspolitik von unten nach oben, die es zu beenden gilt.

**Vielleicht auch noch ein paar Worte zu den aktuellen Vorschlägen von CDU-Ministerpräsident Koch, der ja meint, es dürfe kein Arbeitslosenhilfesystem geben, ohne ein "Element der Abschreckung".**

Kochs Vorschläge sind grundgesetzwidrig und widersprechen dem Völkerrecht (Verbot der Zwangsarbeit). Sein Menschenbild ist abschreckend. Niemand kann sich mit Hartz IV ein angenehmes Leben machen. Vielleicht hängen wir zur Abschreckung riesige Roland Koch Plakate in allen Jobcentern auf, damit niemand mehr wagt, sich arbeitslos zu melden. Das könnte allerdings klappen ...

Mal im Ernst: Koch möchte sich nur in den medialen Vordergrund drängen. Als Redakteur kenne ich diese Mechanismen.

**Was wäre dein Gegenmodell, um das Problem der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen sozialen Schere in den Griff zu bekommen?**

Wir Grüne fordern einen vernünftigen Öffentlichen Beschäftigungssektor zu fairen Löhnen. Die Teilnahme muss freiwillig sein. Besonders Langzeitarbeitslose und junge Menschen müssen eine Chance bekommen. Wir fordern auch ein Sozialticket, um sozial Schwächere zu entlasten. Wir brauchen ein Rettungspaket für die Menschen vor Ort.

**Noch kurz zu etwas anderem: Die Grünen hatten im Rahmen der Ausschussbildung in Gelsenkirchen eine stärkere Position für Senioren und einen eigenen Seniorenausschuss gefordert, was bekanntlich gescheitert ist. Wieso ist oder war der Beirat für Senioren nicht ausreichend hierfür?**



Allein die absehbare demographische Entwicklung legt eine Aufwertung des Seniorenbeirats zum Seniorenausschuss sehr nahe, die kommen wird, da bin ich sicher. Die Seniorenpolitik ist eine immer wichtigere Querschnittsaufgabe. Hier kann und soll Gelsenkirchen eine Vorreiterrolle einnehmen.

### **Und zum Abschluss die Frage weg von der Politik: Was macht Franz Schart in der nicht politischen Zeit?**

Ich stehe dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

## **Betreuung aus einer Hand**

### **Argen durch Verfassungsänderung absichern**

Die Betreuung der Langzeitarbeitslosen aus einer Hand mit festen Ansprechpartnern muss aus Sicht der GRÜNEN fortgesetzt werden. Dies ist die Schlussfolgerung aus einem Gespräch mit Sozialdezernentin Henriette Reker und dem Geschäftsführer des Integrationscenters für Arbeit (IAG), Reiner Lipka. Daher wurde ein entsprechender Antrag der SPD im Sozialausschuss unterstützt (siehe unten). Sinnvoll ist zu prüfen, ob Gelsenkirchen Optionskommune (d.i. Betreuung durch die Stadt) werden kann und sich so eine gute Lösung bei der Neuordnung ergibt. Insbesondere müssen die regionalen Erfordernisse und Besonderheiten des Arbeitsmarktes berücksichtigt werden.

Für uns GRÜNE ist besonders wichtig, dass auch unter den veränderten Bedingungen ein fairer Öffentlicher Beschäftigungssektor in Gelsenkirchen zu annehmbaren Löhnen ermöglicht wird, der Langzeitarbeitslosen eine Chance gibt.

Eine Neuordnung des IAG steht an, weil das alte Modell der Arbeitsgemeinschaften bundesweit für verfassungswidrig erklärt wurde. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag einen folgenschweren Beschluss für die 6,5 Millionen Arbeitslosengeld II-BezieherInnen gefasst. Sie will die Jobcenter auflösen und die Betreuung zukünftig wieder in getrennter Trägerschaft durchführen. Die Bundesagentur wäre dann für die berufliche Wiedereingliederung und für die Auszahlung des Arbeitslosengelds II ("Hartz IV") zuständig, die Kommunen für soziale Komponenten wie Kinderbetreuung oder Schuldnerberatung und für Miet- und Energiezahlungen. Das verursacht kostspielige Doppelstrukturen mit erheblichem bürokratischem Mehraufwand. Betroffene müssen dann doppelte Anträge stellen. Damit erhöhen sich die Fehlerquellen.

Das ist eine schlechte und unpraktikable Idee der Koalitionäre, denn bei der Neuordnung müssen die Interessen der Betroffenen im Mittelpunkt stehen. Die Bundesregierung übt die Rolle rückwärts, denn die Hürden für hilfebedürftige Menschen werden damit höher. Die LAG der Argen Nordrhein-Westfalen schätzt, dass die Trennung der Jobcenter Einmalkosten in Höhe von 600 Millionen Euro verursachen wird. Darüber hinaus rechnet sie dauerhaft mit jährlichen Mehrkosten von 800 Millionen Euro für den erhöhten Verwaltungsaufwand. Dieses Geld steht dann nicht mehr für die Arbeitsuchenden zur Verfügung - und das in Krisenzeiten.

Die wichtigsten Fragen sind nach wie vor ungeklärt, weitere Konflikte werden deshalb folgen. Eine **echte Lösung** kann nur eine Verfassungsänderung bringen, mit der die Jobcenter abgesichert und die Optionskommunen ausgeweitet werden. Auch die kommunalen Spitzenverbände haben sich einstimmig für eine Weiterführung der Arbeitsgemeinschaften und ihre Absicherung durch eine Grundgesetzänderung ausgesprochen.

**Angenommener SPD-Antrag im Ausschuss für Soziales und Arbeit (ASA):** "Die Verwaltung wird aufgefordert, gegenüber dem Land und dem Bund dafür einzutreten, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose in den Jobcentern den Arbeitsgemeinschaften erhalten bleibt. Der im Februar 2009 mit den Ländern gefundene Kompromiss der verfassungsrechtlichen Absicherung des Modells der Arbeitsgemeinschaften und des Optionsmodells muss weiterverfolgt werden.

Sollte die jetzige getroffene Entscheidung der Koalitionsparteien zu der Frage der zukünftigen SGB II-Strukturreform mittels getrennter Aufgabenträgerschaft nicht revidiert werden, *wird die Verwaltung* hiermit parallel *beauftragt zu prüfen, wie trotzdem eine Weiterführung des Angebotes zur Beratung, Betreuung und Aktivierung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand bei der anstehenden Neuorganisation der Jobcenter sichergestellt werden kann.*"

**Linktipps:**

<http://www.taz.de/regional/berlin/aktuell/artikel/1/jobcenter-machen-viel-arbeit/> zeigt exemplarisch die konkreten Probleme vor Ort, in diesem Fall in Berlin.

Grüne Position: [http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit/dok/319/319395.gruenes\\_plaedoyer\\_fuer\\_leistung\\_aus\\_eine.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeit/dok/319/319395.gruenes_plaedoyer_fuer_leistung_aus_eine.html)

DEUTSCHLANDFUNK Sendung Hörspiel/Hintergrund Kultur v. Dienstag, 29.12.2009, 19.15 – 20.00 Uhr

**Überzählige** „Arge“-Erfahrungen Von Nora Bauer Eine Bilanz zu fünf Jahren "Hartz IV".

Ankündigungstext: [www.dradio.de/dlf/sendungen/dasfeature/1059933/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/dasfeature/1059933/)

Feature-Manuskript: [www.dradio.de/download/114300/](http://www.dradio.de/download/114300/)